

Jetzt Butter bei die Fische! Ziviles Peacekeeping finanzieren und fördern

Christine Schweitzer

Es sind immer wieder die gleichen Fragen, die gestellt werden, wenn die Arbeit zu Zivilem Peacekeeping vorgestellt wird: Wie können sie sich und andere denn ohne Waffen schützen? Ist das nicht unrealistisch? Zumeist gleich gefolgt von ganz praktischen Fragen, etwa nach Ausbildung, Alter und Erfahrung der Friedensfachkräfte, die in diesem Feld tätig sind. Interessant: Die Fragen bleiben quasi dieselben, egal ob das Konzept Politiker*innen, Fachleuten aus der Entwicklungszusammenarbeit oder einem breiten Publikum vorgestellt wird. Trotz eines wachsenden Erfahrungsschatzes im unbewaffneten zivilen Schutz ist immer noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten, wenn es darum geht, diese Alternative zu militärischen Einsätzen darzustellen. Vielen Menschen fällt es schwer, sich vorzustellen, dass „es auch ohne Gewalt geht“, dass es gewaltfreie Möglichkeiten des Schutzes vor Krieg und Waffengewalt gibt. Und dies, obwohl u.a. die internationale Nonviolent Peaceforce inzwischen seit 15 Jahren erfolgreich in vielen Ländern (u.a. Sri Lanka, Myanmar, Philippinen, Südsudan und Irak) tätig war bzw. ist.

Besuch von Tiffany Easthom in Deutschland

Im Februar kam Nonviolent-Peaceforce-Direktorin Tiffany Easthom nach Deutschland. Sie wurde eingeladen von der Gruppe, die die Münchner Friedenskonferenz am 17./18. Februar vorbereitete. Tiffany führte anschließend zuerst auf Einladung u.a. von BSV, DFG-VK und Ev. Kirche in Baden am Montag, den 19.2., eine Veranstaltung in Karlsruhe durch. Persönlich vorgestellt durch Stephan Brües, berichtete sie vor 50 Personen über die Arbeit der Nonviolent Peaceforce in den Projekten, darunter auch in Syrien und dem Irak. Die erste Frage aus dem Publikum nach dem Vortrag war, ob dieses Konzept auch in den Industriesta-

ten eingesetzt werden könnte, worauf Stephan Brües die Idee des Schutzprojektes für Geflüchtete als eine Möglichkeit benannte. Anschließend reiste Tiffany Easthom als Gast von Brot für die Welt (BfdW) nach Berlin weiter. Dort gab es Treffen mit Fachgruppen von Brot für die Welt, ein durch das Abgeordnetenbüro von Kathrin Vogler (Die Linke) organisiertes Parlamentarisches Frühstück, an dem neun Abgeordnete oder ihre Mitarbeiter*innen aus verschiedenen Parteien teilnahmen und bei dem auch Andreas Dieterich und Christine Schweitzer sprachen. Abgeschlossen wurde der Besuch mit einer halböffentlichen Fachveranstaltung bei Brot für die Welt, wo u.a. auch Outi Arajärvi über ihren Besuch bei dem Projekt von Nonviolent Peaceforce in Myanmar berichtete (s. auch ihren Beitrag in diesem Rundbrief).

Evaluation der Kampagne zu Zivilem Peacekeeping

Im Januar 2018 hat der BSV-Vorstand die vierjährige Kampagne zu Zivilem Peacekeeping ausgewertet. Die 2014 gestartete Kampagne hatte vier Ziele formuliert:

1. Das Konzept auf deutscher Ebene in der Politik bekannt machen.
2. Das Konzept auf deutscher Ebene in der Friedensbewegung bekannt machen.
3. Unterstützung der deutschen Regierung für Ziviles Peacekeeping gewinnen, und zwar auf drei Ebenen: deutscher (z.B. über Fördermaßnahmen des Auswärtigen Amtes), europäischer (EU und OSZE) und weltweiter (Vereinte Nationen)
4. Das Konzept nach Möglichkeit in der breiten Öffentlichkeit bekannt machen.

Wir stellten fest, dass wir auf zwei



Die Jahrestagung des BSV vom 20. bis 22.4.18 wurde von 70 Teilnehmer*innen besucht.

Foto: cs



Bei einem Parlamentarisches Frühstück am 21.2.18 stellte die Direktorin von Nonviolent Peaceforce, Tiffany Easthom, die Arbeit von NP vor.

Foto: cs



Panel bei der Vorstellung des Ausstiegsszenarios „Sicherheit neu denken“, entwickelt von einer Arbeitsgruppe der Ev. Landeskirche Baden, in Karlsruhe am 28.4.18.

Foto: sb

Diesmal u.a.

Ziviles Peacekeeping

Jahrestagung

Friedensbildung

u.a.m.

Wer diesen Rundbrief nicht mehr erhalten möchte, teile das bitte mit.

Liebe Leserin, lieber Leser,

„bringt doch mehr Beispiele, wie Konflikte gewaltfrei bearbeitet werden, in Euren Rundbrief“. Dieser Wunsch wurde uns auf unserer diesjährigen Jahrestagung „Wege zur Sozialen Verteidigung“ angetragen. Es ist wahr – wir hören und lesen immer noch nicht genug darüber, wie sich Menschen erfolgreich gegen Gewalt zur Wehr setzen und Frieden stiften. Wir wollen dies gerne versuchen. In diesem Rundbrief haben wir einen Beitrag von Outi Arajärvi über die Arbeit von Nonviolent Peaceforce in Myanmar (Burma); das nächste Mal werden wir ein oder zwei andere Beispiele auswählen. Um Nonviolent Peaceforce und um unsere Kampagne zu Zivilem Peacekeeping, die der Vorstand Ende Januar ausgewertet hat, geht es auch in einem zweiten Beitrag. Es gibt aber noch weitere spannende Themen: So die Vorstellung des von einem Arbeitskreis der Evangelischen Landeskirche Baden entwickelten „Ausstiegsszenarios“, ein Blick hinter die Kulissen der neuen Bundesregierung, eine Aktion gegen Bundeswehrwerbung des baden-württembergischen Netzwerks Friedensbildung, ein Training zu Gender und Militarisierung der Jugend der War Resisters' International und last not least natürlich unsere Jahrestagung.

Wir möchten diesen Rundbrief auch dazu nutzen, für unseren E-Mail-Newsletter zu werben. Er erscheint immer zum Monatsersten und gibt eine kurze Übersicht darüber, was im BSV und seinem Umfeld in den letzten Wochen 'gelaufen' ist. Er ist quasi die aktuelle Ergänzung zu diesem Printrundbrief, der ja nur viermal im Jahr erscheint. Über Links kommt man dann an ausführlichere Informationen. Wer ihn abonnieren möchte, schreibe uns einfach eine Mail und sie bzw. er wird auf die Verteilerliste gesetzt.

Wir wünschen wie immer eine angeregte Lektüre.

Christine Schweitzer
für das BSV-Team

Fortsetzung von Seite 1

Ebenen Fortschritte gemacht haben: Es ist uns gelungen, das Konzept deutschen Fachpolitiker*innen vorzustellen und ihre Unterstützung zu gewinnen. Und es ist uns auch gelungen, dass das Konzept in friedensbewegungsnahen Kreisen Aufmerksamkeit gefunden hat, was sich u.a. in verschiedenen Aufrufen (Ostermärsche etc.) niedergeschlagen hat. Meilensteine waren u.a. unsere beiden Fachgespräche 2014 und 2015, dass der Unterausschuss für Zivile Krisenprävention 2016 eine Anhörung zum Thema veranstaltete und dass Ziviles Peacekeeping 2017 in die Leitlinien der Bundesregierung zu Krisenprävention und Peacebuilding aufgenommen worden ist. Dort heißt es auf Seite 21:

„Die Bundesregierung unterstützt die Weiterentwicklung ziviler Ansätze im Rahmen des R2P-Konzeptes und der Reform der VN-Architektur zur Friedensförderung, wie sie vom High-Level Independent Panel on United Nations Peace Operations gefordert werden. Dabei fördert sie insbesondere Ziviles Peacekeeping als erprobte Methodik, um Menschen vor Gewalt und schweren Menschenrechtsverletzungen zu schützen.“

Jetzt gilt es, dafür zu sorgen, dass den Worten Taten folgen, z.B. dass die neue Regierung Projekte des Zivilen Peacekeepings finanziert und sich dafür international einsetzt. Daran wollen wir weiterarbeiten und freuen uns über Mitstreiter*innen, die diese Anliegen mit uns voranbringen wollen!

Ohne Alternativen geht es nicht, aber sie alleine reichen auch nicht aus

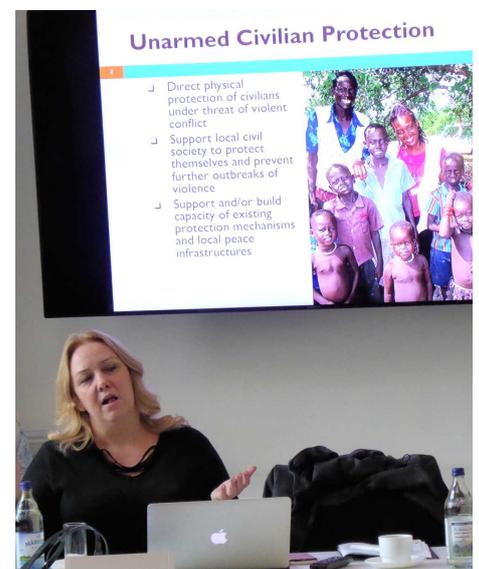
Eine umfassende Friedenspolitik, oder, Hanne-Margret Birckenbach folgend, eine friedenslogisch ausgerichtete Politik, braucht gewaltfreie Alternativen zu Rüstung und Militär, um überzeugend zu wirken. Der Bund für Soziale Verteidigung steht dafür, solche Alternativen zu Rüstung und Militär zu propagieren und praktisch zu entwickeln. Das gilt für Zivile Konfliktbearbeitung

als ein Ansatz mit unzähligen Instrumenten, für die Forderung nach gemeinsamer Sicherheit, für den Ansatz des Zivilen Peacekeepings und auch für Soziale Verteidigung als eine Alternative zu militärischer Verteidigung.

Dabei geht es natürlich um mehr als nur darum, Überzeugungsarbeit zu leisten. Rüstung, Militär und Krieg haben verschiedene Ursachen und Legitimationen. Bereicherung, strategische Interessen, Unterdrückung der eigenen Bevölkerung spielen entscheidende Rollen in den meisten bewaffneten Konflikten und Kriegen. Syrien ist nur ein Beispiel dafür. Es wäre naiv anzunehmen, dass man nur „die Politik“ und „die Menschen“ von den Vorzügen gewaltfreier Alternativen überzeugen müsse, und dann würde die Vernunft siegen und Abrüstung folgen. Es braucht die öffentliche Diskussion, den Protest auf der Straße und gewaltfreie Aktionen – wie zum Beispiel gegen die Atomwaffen in Büchel. Ohne soziale Bewegungen, die die Politik zu Handeln drängen, wird sich nichts ändern!

Christine Schweitzer ist Geschäftsführerin beim BSV.

Ein ausführlicher Bericht über die Auswertung kann auf unserer Website nachgelesen werden (https://www.soziale-verteidigung.de/fileadmin/dokumente/militaerkritik/Evaluation_UCP_-_Kampagne_Website_dt.pdf).



Tiffany Easthom beim Vortrag bei Brot für die Welt.
Foto: Christine Schweitzer

Bericht zur BSV-Jahrestagung in Braunschweig

Neue Wege zur Sozialen Verteidigung

Lara Fregin und Levin Vogt

In der Zeit vom 20. bis 22.4.18 fand in der Jugendherberge in Braunschweig die Jahrestagung des BSV statt. An der Tagung mit dem Thema „Schnee von gestern oder Vision für morgen? Neue Wege Sozialer Verteidigung“ nahmen ca. 70 Interessierte teil.

Den Einstieg am Freitagabend machten Prof. Dr. Theodor Ebert und Roland Vogt, beide Mitbegründer des BSV. Theodor Ebert gehört zu der Generation von Friedensforscher*innen, die das Konzept der Sozialen Verteidigung in den 1960er Jahren ausgearbeitet haben. Roland Vogt war einer der ersten Bundestagsabgeordneten der Grünen und wie Petra K. Kelly einer derjenigen, die versuchten, Gewaltfreiheit als Politikprinzip festzuschreiben. Sie warfen einen Blick zurück auf Soziale Verteidigung im historischen Kontext und erinnerten auch an manche Diskussionen aus der Zeit vor 30 Jahren – u.a. die Kampagne „Bundesrepublik ohne Armee“ und die Forderung nach einem Ministerium für Abrüstung und Soziale Verteidigung. Im anschließenden Podium erinnerten sich vier langjährige Mitglieder des BSV – Winfried Nachtwei, Dr. Barbara Müller, Christoph Besemer und Dr. Ute Finckh-Krämer - an den Bundeskongress 1988 in Minden. Sowohl das Plenum als auch die Teilnehmer*innen der Podiumsdiskussion riefen sich die elektrisierende, positive Aufbruchsstimmung während des Kongresses ins Gedächtnis.

Am Samstag ging es nach dem Frühstück mit einem Vortrag von Dr. Christine Schweitzer los. Sie gab einen interessanten Einblick zum Stand der Wissenschaft bezüglich zivilem Widerstand und Sozialer Verteidigung heute und untermalte dies durch praktische positive Beispiele der letzten 30 Jahre. So sprach sie unter anderem über den zivilen Widerstand in der DDR, in Ruanda, Afghanistan und die Arabellion sowie über die Verteidigung der Lebensweise angesichts von Bürgerkriegen in Afghanistan und Ruanda. Die Teilnehmer*innen waren inspiriert von den zahlreichen praktischen Erfolgen Sozialer Verteidigung.

Energiegeladen ging es weiter in die vier Arbeitsgruppen, die das Thema Soziale

Verteidigung mit dem Sicherheitskonzept der deutschen Politik, Sozialen Bewegungen, Friedenslogik und Osteuropa koppelten. Nach kurzem inhaltlichen Input der Referent*innen standen dort vor allem die Diskussion und der Austausch der Teilnehmenden im Mittelpunkt. Die spannende Auseinandersetzung mit diesen Themen führte bei vielen zu dem Wunsch, sich weiter darüber auszutauschen. Mehrere mögliche Arbeitskreise und Projekte wurden angedacht – z.B. Weiterdiskussion des Zusammenhangs von Sozialer Verteidigung und Friedenslogik und Analysen von internationalen Militäreinsätzen im Hinblick darauf, welche Alternativen zu ihnen es jeweils konkret gäbe.

Nach kurzer und sonniger Mittagspause stellte Theodor Ziegler das Konzept aus der Evangelischen Kirche in Baden vor: „Von der militärischen zu einer zivilen Sicherheitspolitik. Ein Szenario bis zum Jahr 2040“ Darauf folgte eine teilweise kontrovers diskutierte Reaktion von Jürgen Rose vom Darmstädter Signal (Zu dem Konzept siehe auch den Beitrag von Stephan Brües in diesem Rundbrief).

Nach einem World-Café und dem Abendessen folgten einige kreative künstlerische Beiträge und ein Film über das Archiv Aktiv in Hamburg („Mut zur Lücke“).

Am Sonntagmorgen wurde die Braunschweiger Erklärung vorgestellt und diskutiert. Die meisten Teilnehmenden bewerteten die Idee einer Erklärung positiv, jedoch wurde der Entwurf als verbesserungswürdig betrachtet. Schließlich wurde beschlossen, dass eine Erklärung im kommenden Frühjahr anlässlich der Tagung zum 30-jährigen Bestehen des BSV geschrieben werden soll. So ging ein ereignisreiches und informatives Wochenende zu Ende; es schloss sich die Mitgliederversammlung des BSV an.

Wir als Praktikant*innen waren sehr angetan von der netten Atmosphäre und guten Stimmung während der gesamten Zeit der Tagung. Durch die vielen Veranstaltungen mit Vorträgen und Arbeitsgruppen bekamen wir einen sehr intensiven und spannenden Einblick in die verschiedenen Tätigkeitsfelder des BSV, der ohne die Tagung so nicht möglich gewesen wäre. Uns ist bewusst geworden, dass das Konzept der Sozialen Verteidigung im Laufe der Zeit nicht an Aktualität verloren hat und es daher nötig ist, jüngere Menschen für die Friedensarbeit zu gewinnen.

Lara Fregin und Levin Vogt waren im März und April 2018 Praktikant*innen im Büro des BSV in Minden. Sie studieren beide Politikwissenschaften.



Bei dem schönen Wetter hatten sich manche Arbeitsgruppen ins Grüne gesetzt. Foto: Alexander Link

Trainingsbericht

Gender und die Militarisierung der Jugend

David Scheuing

London, Anfang Februar. MayDay-Rooms, an der stark befahrenen Fleet Street in der Innenstadt. Drinnen treffen sich auf Einladung der War Resisters' International Aktivist*innen aus Italien, Katalonien, Finnland, Tschechien, Deutschland und Großbritannien zu einem dreitägigen Workshop. Sie wollen Fragen nach den (unterschiedlichen) vergeschlechtlichten Logiken der Militarisierung der Jugend in Europa nachgehen.

Natürlich stellt sich gleich zu Beginn die Frage, wie ähnlich oder unterschiedlich die jeweiligen Systeme und Probleme sind, denen wir uns gegenüber sehen. Im Laufe des Workshops wurden wir Teilnehmenden uns einig darüber, dass die Zugriffe auf Jugendliche je Staat unterschiedlich vergeschlechtlicht sind, dass aber zwei Dinge beobachtet werden können:

Erstens fällt auf, dass Armeen und ihre Ministerien immer wieder auf ähnliche Wege zurückgreifen – d.h. die Apparate lernen voneinander (ein zu beobachtender globaler Normenwandel bzw. Normenhandel) und von gesellschaftlichen Diskursen um Geschlecht und Rollenbilder. Männer können heute beispielsweise auch als „emotionale, weiche, behutsame, sorgende“ Menschen in militärischer Werbung und Zielsetzung angesprochen werden, das Bild der „individuellen Idealisten mit Mut und Herz“ - mit diesen Eigenschaften sind sie für die Erzählung vom „sauberen Krieg“ viel besser zu gebrauchen als ihre plump skizzierten Vorgänger.

Zweitens können Aktivist*innen aller Länder davon profitieren, ihre Strategien gegen diese Rekrutierung und Militarisierung der Jugend gemeinsam zu besprechen, auszutauschen und darüber zum einen voneinander zu lernen und zum anderen einander vor auftauchenden Problemen zu warnen. Dies betrifft nicht nur Strategien der vergeschlechtlichten Ansprache von Jugendlichen, sondern alle antimilitaristischen Strategien.



Die Trainingsgruppe in London.

Foto: David Scheuing

Während vor dem Haus aus der Zeit der vorletzten Jahrhundertwende das Wochenende einen trägen Strom an Tourist*innen vorbeispült, vertiefen wir uns in eine gemeinsame Problemanalyse. Eine zentrale Übung hierfür ist das Herausarbeiten der „Stützen der Macht“. Erneut zwei Beobachtungen:

Zum einen blieben wir im Workshop sehr allgemein und identifizierten alle „großen“ Stützen (Wirtschaftssystem, Rollenbilder usw.), aber keine spezifischeren und handhabbareren Stützen. Dies hätte der weiteren Kampagnenplanung gut getan. Hierzu gilt es, eine internationale Arbeitsgruppe anzustoßen. Zum anderen lief auch dieser Workshop Gefahr, allgemein linke Verzweiflungsperspektiven ob der Schlechtigkeit der Welt zu betonen und wenig Möglichkeiten für aktive Intervention zu erlauben. Es bleibt hier die Aufgabe, eine (gemeinsam geteilte) Vision aus der Analyse zu entwickeln.

Zum Ende des Workshops bleiben mir folgende Erkenntnisse: Zum einen sind es die jeweiligen Geschlechterpolitiken, die zu unterschiedlichen Graden für eine Rechtfertigung der Militarisierung der Jugend herangezogen werden. Sie stellen eine Herausforderung für antimilitaristische Arbeit dar. Hier kämpfen Aktivist*innen aller Länder mit der Herausforderung, Gleichstellung und progressive Gesellschaftspolitik zu verteidigen

und im Angriff auf das Militär nicht misogyn/frauenfeindliche oder anderweitig geschlechterdiskriminierende Politiken zu unterstützen oder diesen Vorschub zu leisten. Aktionen wie „No Pride in War“ (<http://soui.com/2016/05/no-pride-in-war/>) setzen hier wichtige und übertragbare Signale, um diese Arbeit voranzubringen.

Zum anderen fehlt in vielen Kontexten das Wissen der Aktivist*innen über die konkrete Situation vor Ort. Viele hangeln sich von Detailwissen zu Detailwissen oder malen nur großflächige Pinselstriche, aber sehen die feineren Vernetzungen nicht. Vielen nationalen Initiativen fehlt eine kontinuierliche Fortbildungs- und Wissensvermittlungsarbeit ihrer Mitglieder. Hier müssen wir nachsteuern, lokal, national, transnational.

Am Ende dieses langen Workshops stehe ich auf regennasser Straße, auf der Themse liegen die Militärschiffe vor Anker. Eine deutlich sichtbare Manifestation von so vielem, das uns umgetrieben hat in den letzten Tagen. Es bleibt Arbeit zu tun. Aber so können wir die Ohnmacht überwinden.

David Scheuing arbeitet im BSV-Projekt „LOVE-Storm: Gemeinsam gegen Hass im Netz“ und ist DFG-VK-Vertreter bei War Resisters' International.

„Mutig, riskant, vernünftig“: Die Badische Landeskirche denkt Sicherheit neu!

Stephan Brües

Nach der Generalprobe auf der BSV-Jahrestagung in Braunschweig wurde am 28.4. das Papier „Sicherheit neu denken – Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik – Eine Szenario bis zum Jahr 2040“ im Oberkirchenamt der Evangelischen Kirche in Baden in Karlsruhe vorgestellt und diskutiert. Etwa einhundert Personen waren gekommen. Neben Kirchensynodalen viele Friedensbewegte, z.B. von der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden, die am selben Ort ihre Mitgliederversammlung abhielt.

Bei der Vorstellung nannte Oberkirchenrat Prof. Dr. Christoph Schneider-Harprecht das Papier „mutig, riskant und vernünftig“. Mutig, weil es mit der Idee der Friedenslogik den sicherheitspolitischen Mainstream verlassen habe. Riskant, weil ihr neues Denken von vielen als utopisch angesehen werde. Und vernünftig, weil die militärische Sicherheitspolitik in der Sackgasse sei, gewaltfreie Kooperation in der internationale Politik hingegen viel wirksamer.

Das ausführliche Positivszenario will eine Lernkultur für eine entmilitarisierte Welt aufbauen.

Grundlage der Sicherheitsarchitektur ist eine reformierte UN, die als Dachverband kontinentaler Organisationen fungiert, die mit eigenen Sicherheitsräten, Polizeitruppen und Expert*innen der Zivilen Konfliktbearbeitung die Konflikte in ihrer Region bearbeiten, bevor sie eskalieren. Wenn diese Mechanismen nicht funktionieren, würden UN-Polizeikräfte eingesetzt. Das Konzept ruht auf fünf Säulen: Gerechte Außenbeziehungen, Nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten, Zivile Teilhabe an der Internationalen Sicherheitsarchitektur, Resiliente Demokratie (u.a. Aufbau einer Friedens- und Widerstandskultur, Friedensforschung, Ausbildung in Ziviler Konfliktbearbeitung, Mediationszentren) und Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie.

Das gesamte Konzept solle als ein friedenspolitischer Anstoß verstanden werden, einerseits innerkirchlich, z.B. auf der Herbstsynode der Badischen Landeskirche und auf der Friedenssynode der EKD, andererseits zivilgesellschaftlich.

An der Podiumsdiskussion zum Szenario nahmen der Mitautor Ralf Becker (Gewaltfrei handeln e.V.), Ute Finckh-Krämer, der pensionierte Auslandsbischof Martin Schindelhütte und der Oberst und ehemalige Leiter des Militärhistorischen Museums Dresden, Prof. Dr. Matthias Rogg, teil. Die Moderatorin, Oberkirchenrätin Karen Becker-Hinrichs, befragte die vier zu den Stärken und Schwächen des Szenarios.

Rogg nannte Friedensdienste, Internationale Polizei, die ökonomischen Akzente, die UN-Gerichtbarkeit, die Stärkung der Rechtsdurchsetzung und die richtige Erkenntnis, dass Militär keine Konflikte lösen könne, als Stärke. Kritikwürdig fand er u.a. den mangelnden Bezug auf das „aggressive Handeln“ Russlands oder auf die Bedrohung durch Cyberattacken, die zu geringer Höhe der Aufbauhilfen für Afrika und den Nahen Osten.

Ralf Becker betonte die Bedeutung des Aufbaus von Vertrauen. Aus strategischen Gründen halte er an der NATO fest, diese solle aber ihre Bedeutung zugunsten der OSZE verlieren. Das Papier docke an Bestehendem an, z.B. Regierungspapieren, und biete viele Anknüpfungspunkte für Kirchen und Friedensbewegung. Die Schwäche liege in der mangelnden Ausarbeitung des ökonomischen Teils des Textes.

Ute Finckh-Krämer begrüßte den Abbau der wirtschaftlichen und militärischen Bedrohungen, z.B. gegenüber Russland. Die positiven Beiträge Deutschlands bei der Rüstungskontrolle, die vorhandenen UN-Kapazitäten bei der Prävention und Mediation sowie die Rolle der Frauen in Friedensprozessen sollten als gelungene Bei-



Prof. Dr. Christoph Schneider-Harprecht bei der Vorstellung des Papiers. Foto: Stephan Brües

spiele erwähnt werden. Die Bedrohungsanalyse sei nicht die der Expert*innen, sondern eher von den Ängsten der Politiker*innen, der Medien oder der Bevölkerung geprägt.

Martin Schindelhütte war beeindruckt von den konkreten Schritten, die zu Diskussionen anregten, und schlug eine Vernetzung mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen, den europäischen Kirchen oder manchen US-Kirchen vor.

Aus dem Papier soll eine Kampagne „Sicherheit neu denken“ entstehen. Ein erstes Sondierungstreffen ist für den 27.6. in Karlsruhe geplant – und es besteht die Hoffnung, dass neben Friedensgruppen auch Vertreter*innen von Brot für die Welt oder Misereor ihre Bereitschaft bekunden, eine zivile Sicherheitspolitik auf den Weg zu bringen. Save the date!

Hier geht es zu einer Kurzfassung des Papiers: <https://www.ekiba.de/> > Aktuell > Sicherheit neu denken

Stephan Brües, ist Ko-Vorsitzender des BSV und Mitautor des Papiers.

Große Koalition und internationale Konflikte

Was ist von der neuen Regierung friedenspolitisch zu erwarten?

Ute Finckh-Krämer

Die erneute „große“ Koalition vereinigt nicht mehr wie die vorige etwa 80 %, sondern nur noch etwa 56 % der Sitze im Bundestag auf sich. Sie basiert auf einem Koalitionsvertrag von 179 Seiten, in dem auf 20 Seiten die Themen Außen-, Sicherheits- Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik abgehandelt werden. Neben viel Politlyrik vom Typ „Deutsche Außenpolitik ist dem Frieden verpflichtet“ finden sich auch einige konkrete Aussagen. Stellt man sie nebeneinander und nimmt auch noch den Finanzteil des Koalitionsvertrags hinzu, ist die Gesamttendenz klar: Mehr Ressourcen für das Militär und mehr Ressourcen für die Bereiche, die als „ODA“ (Official Development Assistance) anrechenbar sind – also insbesondere für Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe in Ländern, die als Entwicklungsländer gelten, sowie Krisenprävention bzw. friedenserhaltende Maßnahmen und Maßnahmen für ausländische Kultur- und Bildungspolitik in diesen Regionen. Ausgehend von der mittelfristigen Finanzplanung der letzten Legislaturperiode werden in dieser Legislaturperiode zusätzliche zwei Milliarden für Sicherheitspolitik und ODA-fähige Ausgaben in Aussicht gestellt. Dabei wird jeweils ein Verhältnis 1:1 versprochen – auch für zusätzliche Ausgaben in beiden Bereichen, die bei höheren Steuereinnahmen als aktuell kalkuliert prioritär in diesen Bereich fließen sollen.

Konzeptionslosigkeit

Damit ist absehbar, dass die Erhöhung der Militärausgaben eher mehr als weniger Ressourcen für Auslandseinsätze der Bundeswehr bereitstellt – sei es für mandatierungspflichtige Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes, sei es für die rotierende Stationierung von Bundeswehreinheiten in osteuropäischen NATO-Staaten oder für Großmanöver der NATO. Und auch das angekündigte Schließen von „Fähigkeitslücken“ bedeutet nichts anderes als militärische Beschaffungsprogramme, die z.B. von Russland als bedrohlich wahrgenommen werden. Der Versuch,

in ein- und demselben Land gleichzeitig mit Militär oder Waffenlieferungen eine Konfliktpartei zu unterstützen und mit zivilen Mitteln den Friedensprozess zu fördern, ist regelmäßig gescheitert – insbesondere in Afghanistan, im Irak, in Mali, in Syrien. Die Ausweitung des Ausbildungsmandats für die Sicherheitskräfte der halbautonomen Kurdenregion im Irak zu einem Anti-IS-Ausbildungs-Mandat im gesamten Irak mit völlig unklarer Zielrichtung, das am 22. März von den Koalitionsparteien im Bundestag verabschiedet wurde, ist das bisher krasseste Beispiel für die Konzeptionslosigkeit der neuen Regierung, der offensichtlich entgangen ist, dass die Sicherheitskräfte der halbautonomen Kurdenregion und der Regierung in Bagdad zeitweise mehr Konflikte untereinander austragen als mit den Resten des IS.

Neben dem Koalitionsvertrag sind auch die Personalentscheidungen für die Einschätzung der neuen Regierung wichtig: Neuer Außenminister ist der bisherige Minister für Justiz und Verbraucherschutz, Heiko Maas (SPD), während Gerd Müller (CSU) und Ursula von der Leyen (CDU) ihre Ämter als Entwicklungsminister bzw. Verteidigungsministerin behalten. Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe bleibt die SPD-Abgeordnete Bärbel Kofler. Die Stelle des Beauftragten für Russland und die Länder der Östlichen Partnerschaft wurde mit dem jungen SPD-Abgeordneten Dirk Wiese neu besetzt, der sich in seinen ersten vier Jahren im Bundestag mit Südostasien und den Vereinten Nationen befasst hat. Und im Auswärtigen Amt gibt es jetzt drei statt bislang zwei Staatsminister*innen.

Widersprüchlichkeit

Der Umgang mit dem Völkerrecht bleibt widersprüchlich – einerseits stellt sich Deutschland als großer Unterstützer von Abrüstungsverträgen wie dem Chemiewaffenübereinkommen (CWÜ) dar, andererseits wurden die Luftangriffe der USA, Großbritanniens und

Frankreichs auf drei Ziele in Syrien am 14. April von der Bundesregierung als „erforderlich und angemessen“ bezeichnet, obwohl die Organisation für das Verbot Chemischer Waffen (OVCF) noch über den Zugang in den Ort Douma verhandelte, in dem es am 7. April vermutlich zum Einsatz von Chlorgas und eventuell weiterer giftiger Substanzen gekommen war. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages, dessen Gutachten seit 2016 auf der Website des Bundestages einsehbar sind (www.bundestag.de/analysen), hat die Luftangriffe in einem Gutachten vom 18. April klar als völkerrechtswidrig bezeichnet.

Was können wir tun? Da, wo im Koalitionsvertrag schöne Worte über Abrüstung, Friedensförderung und Rüstungsexportkontrolle stehen, einfordern, dass den Worten Taten folgen. Ansonsten auch und gerade gegenüber der Regierung und den Abgeordneten der Koalition deutlich machen, welche Alternativen es zu einer auf militärische Maßnahmen verengten Sicherheitspolitik gibt.

Ute Finckh-Krämer war lange Jahre Vorsitzende des BSV und ist derzeit kooptiertes Mitglied im Vorstand. Zwischen 2013 und 2017 saß sie als Abgeordnete der SPD im Deutschen Bundestag.



Ute Finckh-Krämer bei der BSV-Jahrestagung.

Foto: Christine Schweitzer

Wie wirkt die Arbeit von Nonviolent Peaceforce in Myanmar?

Eindrücke von einer Besuchsreise zu den NP Teams

Outi Arajärvi

Das Land offenbart sich touristischen Besucher*innen mit wunderbarer Natur, unzähligen Pagoden, quirligem Leben in den Städten und sehr freundlichen Menschen. Da fällt es schwer sich vorzustellen, wie es in der nordöstlichen Provinz Rakhine aussieht, wo das Militär eine Strategie der verbrannten Erde verfolgt, um die ungeliebte muslimische Minderheit aus dem Land zu jagen. UN-Menschenrechtsberichte sprechen von ethnischer Säuberung. Seit August 2017 sind etwa 680.000 Menschen geflohen und befinden sich jetzt in den völlig überfüllten Flüchtlingslagern in Bangladesch, mit Hunger, Krankheiten und Wassermangel.

Nonviolent Peaceforce arbeitet seit 2012 in Myanmar mit dem Ziel, den Friedensprozess zu unterstützen. Bis heute wurden 13 lokale Netzwerke zum Schutz der Zivilbevölkerung und zum Waffenstillstandsmonitoring aufgebaut. Das bedeutet, dass über 700 Mitglieder von Gemeinden aus ganz Myanmar von NP geschult und begleitet wurden, damit sie bei neuen gewaltsamen Konflikten durch Frühwarnsysteme schnell reagieren und Menschen besser schützen können.

Parallel zum Demokratisierungsprozess der Militärregierung ab 2011 waren mehrere Waffenstillstandsverträge mit den verschiedenen ethnischen bewaffneten Gruppen abgeschlossen worden. Nach Jahrzehnten von brutalen Bürgerkriegen um Land und Ressourcen und repressiver Militärjunta mit über einer Million von Binnenflüchtlingen gab es viel Hoffnung in der Gesellschaft. Schließlich fanden 2015 Wahlen statt, die zu einem großen Sieg für die bis dahin oppositionelle Partei National League for Democracy (NLD) unter der Führung der Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi führten.

Heute hat sich die Euphorie der Demokratisierung gelegt; es ist offensichtlich, dass die zivile Regierung dem immer noch mächtigen Militär in vielen Fällen ohnmächtig gegenübersteht. Auch sind viele Friedensprozesse nicht nachhaltig, viele ungelöste Probleme führen zu neuen bewaffneten Kämpfen vor allem im

Norden des Landes; das alles zusätzlich zu der Krise in Rakhine.

Schließlich hat die Regierung bzw. das Militär verkündet, dass sie das zivilgesellschaftlich organisierte Waffenstillstandsmonitoring nicht akzeptiere, sondern eigene zivile Instanzen aufstellen wolle. Diese Entscheidung bedeutete für die zivilen Monitoringnetzwerke einen herben Rückschlag. Mittlerweile hatten sich aber recht stabile Strukturen aufgebaut, so dass die ausgebildeten Monitor*innen sich jetzt neue Aufgaben gegeben haben. Sie wollen mit ungebrochener Energie weitermachen und den sozialen Zusammenhalt in ihren Kommunen stärken.

Nonviolent Peaceforce ist durch lokale Partner in Rakhine und auch in Bangladesch aktiv. Eine sehr erfolgreiche Partnerschaft ist mit dem Center for Social Integrity (CSI) entstanden. Die Organisation in Yangon hat z.B. mit NPs Unterstützung muslimische Jugendliche für einen Einsatz in Rakhine trainiert. Sie haben Hilfslieferungen von internationalen Organisationen weitergeleitet, die selbst keinen Zugang zu den Rohingya hatten. Sie haben Schutzmechanismen für die Flüchtlinge organisiert, sie zu sicheren Wegen und Plätzen mit humanitärer Hilfe begleitet und in den Flüchtlingscamps in Bangladesch entsprechende Strukturen aufgebaut.

NP hat aber auch mit der lokalen Bevölkerung in Rakhine gearbeitet, sowohl mit der burmesischen Mehrheitsbevölkerung als auch mit Kommunen in Bangladesch. In Sitwe, der Hauptstadt von Rakhine, wurde im Juli 2017 ein Workshop zu Schutzmechanismen der dortigen Bevölkerung durchgeführt sowie der Aufbau eines Netzwerks von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützt, um auf die Krise zu reagieren. Im Februar 2018 fand ein gemischter Workshop mit burmesischen Jugendlichen aus Rakhine und Rohingya-Jugendlichen aus Yangon statt.

Ich habe das Land im Februar 2018 im Rahmen einer Delegationsreise von NP besucht. Es war sehr beeindruckend, von den Aktivitäten der Menschen in den lokalen Organisationen zu hören. Sie arbeiten unter enormen Druck und mit wenigen Ressourcen, aber mit ungewöhnlicher Energie und Enthusiasmus. Und sie alle berichteten unserer Reisegruppe, dass sie ohne die Hilfe und das Training von NP diese Strukturen nicht hätten aufbauen können. Es ist immer wieder die fruchtbare, vertrauensvolle und professionelle Zusammenarbeit von NP mit den lokalen Menschen und Strukturen, die vieles bewirken kann.

Outi Arajärvi ist Ko-Vorsitzende des BSV und war viele Jahre Vorstandsmitglied bei Nonviolent Peaceforce.



Besuch beim Women and Peace Action Network.

Foto: Outi Arajärvi

Netzwerk Friedensbildung Baden-Württemberg Kritische Beobachtungen am „Tag der Schulen“ bei der Bundeswehr

Renate Wanie

Die Bundeswehr bemüht sich seit vielen Jahren, schon Kinder und Jugendliche für den Militärdienst zu interessieren. Dafür nutzt sie nicht nur Jugendoffizier*innen, die sie in die Schulen schickt, sondern auch andere Veranstaltungen, Job-Messen, den „Tag der Bundeswehr“ und sie veranstaltet, wie in Baden-Württemberg 2017, auch eigene „Tage der Schulen“. Das Netzwerk Friedensbildung Baden-Württemberg nahm sich dies im Juli 2017 zum Anlass zu handeln. Wir berichten darüber als Beispiel, wie lokale oder regionale Friedensbündnisse aktiv werden können.

Die Bundeswehr hatte fünf Realschulklassen aus Pforzheim und Karlsruhe in die „General-Dr.-Speidel-Kaserne“ in Bruchsal eingeladen. Ziel der „außerunterrichtlichen Veranstaltung“ war, „interessierten Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften einen Einblick in den Alltag der Bundeswehr (...) zu ermöglichen“ sowie „das Berufsbild des Soldaten so praxisnah wie möglich zu vermitteln“. Eine vom Netzwerk geplante Befragung der Schüler*innen und Lehrer*innen wurde vom Kultusministerium gemäß einer Verwaltungsvorschrift untersagt. Einem Besuch stehe jedoch nichts im Wege, das Hausrecht liege bei der Bundeswehr. Also wandte sich das Netzwerk an die Bundeswehr. Sie war einverstanden, stellte jedoch Bedingungen: Weder Protestaktionen noch Fotos, um die Persönlichkeitsrechte der Schüler*innen zu wahren. Keine Informationen an die Presse.

Stationen der Besichtigung

Die Schulklassen wurden in Gruppen über das Gelände geleitet. Gestartet wurde mit einer informativen Vorführung der Dekontaminierung durch die ABC-Einheit. Bei einem Hindernisparcours, vorgeführt von einem Soldaten in voller Ausrüstung für einen Kampfeinsatz, wurden die Schüler*innen zum Ausprobieren eingeladen. Zwei Schüler ließen sich im Blaumann mit 20-kg-Ge-

päck, Helm und Plastikgewehr auf diesen Fitnessbeweis ein, ebenso auf den Wurf einer Plastikgranate, dorthin, wo der Gegner vermutet wurde. Die Fahrzeugschau mit vorher abmontierten Maschinengewehren begeisterte viele Jungen. Die Mädchen zeigten sich eher desinteressiert, sie vergnügten sich anderweitig mit Selfies.

Das Interesse an einer Geländefahrt mit Militärfahrzeugen und Eventcharakter war groß, die Schüler*innen rannten um die Wette, um einen der begehrten Plätze zu bekommen. Teilnahmevoraussetzung war eine Erklärung zur Haftungsübernahme der Eltern. Tatsächlich passierte bei riskanter Geschwindigkeit ein Unfall mit drei Fahrzeugen. „Mir war es bei dieser Schnelligkeit streckenweise unbehaglich zumute“, so einzelne Schüler*innen. Das Ziel eines Soldaten am Schießstand war, den Feind in Form einer Zielscheibe zu treffen. Dabei war das Töten oder Getötet-Werden kein Thema. Am Karriereberatungstruck zeigten hingegen nur wenige Schüler*innen Interesse.

Im Vortrag eines Jugendoffiziers zur „Sicherheitspolitik“ wurde die Bundeswehr als humanitäre Organisation dargestellt: Z.B. würden ihre Einsätze in Afrika (Mali) dazu beitragen, die Armut zu verringern, die Bevölkerung von der Flucht nach Europa abzuhalten, dem

Bürgerkrieg entgegen zu wirken und „unsere“ Handelswege zu schützen. Den Versuch einer kontroversen Diskussion im Sinne des „Beutelsbacher Konsenses“ oder Konflikthintergründe für den militärischen Einsatz zu benennen, gab es nicht.

Resümee und Forderungen

Auf Nachfrage war zu erfahren, dass dieser Ausflug im Unterricht nicht vorbereitet war, während und nach den Präsentationen reflektierende Ausspracherunden nicht vorgesehen waren, ebenso keine kritische Nacharbeit. Für die nicht interessierten Schüler*innen gab es keine alternativen Schulveranstaltungen, so dass sich einzelne krank meldeten. Ob die Lehrer*innen im Unterricht die Tätigkeit der Bundeswehr mit der Frage verknüpfen, ob sie dem Frieden und der Friedensbildung förderlich sein kann, bleibt offen – Zweifel sind erlaubt.

Nach den Beobachtungen am „Tag der Schulen“ hat das Netzwerk seine Kritik an das Kultusministerium Baden-Württemberg formuliert. Die Korrespondenz mit dem Kultusministerium hält an.

Eine ausführlichere Fassung dieses Beitrags erschien im Friedensforum 2/2018. Renate Wanie hat an der Beobachtung als Delegierte der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden im Netzwerk Friedensbildung Baden-Württemberg teilgenommen.



Aktionstag vor der Didacta-Messe 2017 in Stuttgart mit Mitgliedern der Kampagne Schulfrei für die Bundeswehr - Lernen für den Frieden in Baden-Württemberg.

Foto: Renate Wanie